

AfD–Fraktion

im Rat der Stadt Lünen a. d. Lippe

An den
Bürgermeister der Stadt Lünen
Herrn Jürgen Kleine-Frauns
Willy-Brandt-Platz 1
44532 Lünen



Ansprechpartnerin:
Friederike Hagelstein
Fraktionsvorsitzende

E-Mail:
kontakt@afd-fraktion-luenen.de

Lünen, 30. März 2022

Dringlichkeitsantrag: Resolution zur temporären Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete,

im Wege der Dringlichkeit beantragt die AfD-Fraktion, dass der Rat der Stadt Lünen die Verabschiedung folgender Resolution beschließt:

Die gegenwärtige kriegerische Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine führt zu Fluchtbewegungen aus der Ukraine in den EU-Raum. Mit einer Deeskalationsstrategie und diplomatischem Geschick – auch von westlicher Seite – wären Krieg und Fluchtbewegungen wahrscheinlich vermeidbar gewesen. Nun droht eine humanitäre Katastrophe. Nicht nur die Anrainerstaaten der Ukraine, sondern auch Deutschland werden zum Ziel einer großen Zahl von Kriegsflüchtlingen werden. Sie in Deutschland temporär aufzunehmen, gebieten Anstand und Menschlichkeit, zumal es sich bei ihnen überwiegend um Frauen und Kinder handelt. Die temporäre Aufnahme Schutzsuchender aus der Ostukraine wird dabei ausdrücklich miteingeschlossen. Hingegen wird die Aufnahme Wehrpflichtiger und Wehrfähiger aus der Ukraine zwecks deren Landesverteidigung ausgeschlossen. Um einzelne Regionen nicht mit der Aufnahme zu überfordern, ist – auch im Interesse der Flüchtlinge – auf die Einhaltung eines ausgewogenen europäischen Verteilungsschlüssels zu achten. Bestehende und freiwerdende Unterbringungskapazitäten sind für ukrainische Flüchtlinge zu verwenden, die nicht über ausreichende Finanzmittel verfügen bzw. nicht bei Landsleuten, Freunden oder Verwandten

unterkommen können. In Lünen müssen zur Erhöhung der Unterbringungskapazitäten Rückführungen bei den Staatsangehörigen sonstiger Nationen vorgenommen werden, die sich hier illegal aufhalten: Abgelehnte Asylbewerber ohne subsidiären Schutzstatus und ausreisepflichtige Asylbewerber belegen hier unrechtmäßig Wohnraum und Wohnheimplätze, die nun dringender benötigt werden. Je weniger illegale Migration bzw. Sekundärmigration wir zulassen, desto mehr können wir für ukrainische Kriegsflüchtlinge tun und desto besser können wir gewährleisten, dass ihnen die Hilfe zuteilwerden kann, zu der uns die europäische Solidarität mit den Ukrainern verpflichtet. Zugleich muss dafür gesorgt werden, dass die ukrainisch- und russischsprachigen Bürger, die schon länger in Lünen leben, für eine Begleitung der Neuankömmlinge gewonnen werden. Da die schutzsuchenden Menschen ihre Heimat nicht freiwillig verlassen und oftmals ihre Familien zurücklassen müssen, ist – im Gegensatz zu Wirtschaftsmigranten – damit zu rechnen, dass sie selbst den Wunsch hegen, nach überstandenerm Krieg in ihre Heimat zurückzukehren. Die Stadt Lünen wird daher das Mögliche tun, im Sinne dieser Resolution zugunsten der ukrainischen Flüchtlinge zu handeln.

Mit freundlichen Grüßen

Friederike Hagelstein
Fraktionsvorsitzende